

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Die Zeitung von unserer Anstalt: bei Bestellung ins Land durch unsere Anstalt in
ein Stück und auf dem Lande außerhalb Deutschlands, durch die Post 120 Pf. außer 42 Pf.
Gebühr. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal und in den Wochenenden nicht.
— Nachdruck unserer Originalmitteilungen ist nur mit schriftlicher Erlaubnis gestattet.
Die Abgabe unangelegter Zusendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3seitig. Illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuer. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum für Merseburg und
Umgebung 10 Pf., für die übrigen 20 Pf., ansonsten pro
20 Pf., im Restamt 40 Pf. Bei dem geringsten Satz entwerdender
Beilagen für Zeitungen und Anzeigen. Die Nachtragungen und Übertragungen
sonderer Berechnung, nach anderen mit Berücksichtigung der Zeitungen.
— Unannehmlichkeit für höhere Geschäfts-Kategorien nur am Tage vorher. Die
Anzeigen bis 12 Uhr des Morgens bis 10 Uhr des Abends.

Nr. 181.

Freitag den 5. August 1910.

37. Jahrg.

Die Nothhelfer des Reichstanzlers.

Unter dieser Überschrift lesen wir in der „Nationalzeitung“: Die erste politische Meldung von Bedeutung, die dem Kaiser nach der Rückkehr von der Nordlandreise in Swinemünde erstattet wurde, war die Nachricht vom Einzug des fünfzigsten sozialdemokratischen Abgeordneten in den Reichstag. Das war keine sonderlich erfreuende Begrüßung, umsonst, als man in der Umgebung des Monarchen die Fortschritte der Sozialdemokratie aufmerksam verfolgte und davon überzeugt ist, daß die Flut noch im Steigen begriffen ist. Selbst in Hoffreisen rechnet man bereits mit einer Laifade, daß die nächsten Reichstagswahlen, falls nicht ein politisches Wunder geschieht, eine Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate um weitere fünfzig bringen werden.

Am Montag ist der Reichstanzler an Bord der „Sohgenollern“ angekommen, um dem Kaiser den üblichen Vortrag nach den Sommerferien zu halten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Monarch Herrn v. Bethmann gefragt hat, wie er über die weitere politische Entwicklung denkt angesichts der offenkundigen Wendung nach links, die seit einem Jahre immer deutlicher in die Erscheinung getreten ist. Niemand kann heute wissen, was der Kanzler dem Kaiser gesten genantwortet hat und ob er die politischen Einbrände, die in den letzten Wochen durch die Presse und die Kundgebungen der Parteien ihm übermittelt wurden, in ihrem ganzen Umfange erfaßt hat. Wir wissen nur das eine — und zwar ward uns diese Kenntnis von einer mit dem Kanzler bekannten Persönlichkeit —, daß Herr v. Bethmann immer noch hofft, Zeit und Arbeit, die Trübsal und Helfer in allen menschlichen Nöten, würden auch über die politische Not hinweg helfen und die Wunden heilen und verheilen machen, die sich die Parteien gegenseitig geschlagen haben. Von den kommenden Reichstagswahlen trennen uns noch fast anderthalb Jahre. Der Reichstanzler hegt die Hoffnung, daß die gemeinsame positive Arbeit, die der Fraktionen in diesem Winter und im nächsten Sommer wartet, nicht ohne günstigen Einfluß auf die parlamentarischen Beziehungen bleiben könne und daß die Nachwirkung auf die Gefolgschaft der Wähler sich nun ebenfalls im Sinne einer Veruhigung und Befriedigung äußern werde. Außer Zweifel sei es für den Reichstanzler, daß so wichtige Vorlagen wie Verfassungsreform in Elsaß-Lothringen und das Dünkirchenat an das Reichsgesetz und den staatlichen Sinn der Gewählten und der Wähler in gleichem Maße Aufgaben stellen, deren nationaler Bedeutung sich niemand zu entziehen vermöge. Die gemeinsame Lösung so großer politischer Aufgaben werde das beste Mittel sein, die besonnenen Elemente in den Parteien wieder zusammenzuführen und von dem Dreck der Ultraas auf beiden Seiten zu befreien. Denn ewig könne der Groll und der Haß zwischen den Parteien nicht andauern. Wenn die Sozialdemokratie erst wieder einmal die frühere Macht habe, die sie vor 1907 besaß, erreicht habe, dann zwingt sie den Bestand aller bürgerlichen Parteien bedrohende Gefahr schon von selbst zu einem Zusammenschluß. Dann werde auch die Reaktion aus den Schichten des Volkes heraus nicht ausbleiben, die bisher unter dem sozialdemokratischen Wahlterror an meissen zu leiden hatten.

Was sind Hoffnungen und Wünsche! Von keinem Standpunkte aus betrachtet der Reichstanzler die Lage, unter anderen Gesichtspunkten beurteilen sie die Führer der Fraktionen, die an das Schicksal ihrer Parteien denken müssen. Hinter ihnen steht die *dira necessitas* der Volkstimmung, die schließlich auch von der Regierung nicht übersehen werden darf. Hundert und einige zwanzig Sozialdemokraten im nächsten Reichstage bedrohen die Sicherheit der Monarchie und des Reiches ebenso wenig wie heute die fünfzig, aber am letzten Ende kann es der Regierung nicht gleich-

gültig sein, wenn sie sich die Schuld bemessen muß, daß es so weit gekommen ist. Denn diese Zahlen stellen eine Unsumme von Volksverdrößerung in Rechnung. Wir sind der Meinung, daß Herr von Bethmann in seine beiden Nothhelfer nicht allzu großes gläubiges Vertrauen setzen soll. Es gibt Verhältnisse, in denen die herkömmlichen Mittel versagen und nur die eigene Entschlußkraft zu retten vermag.

Ueber die Laifade beim preussischen Wahlrechtskampf

ist zwischen Rosa Luxemburg, der konsequenten Vertreterin der sozialrevolutionären Laifade, jener Laifade, die im Gegensatz zur Laifade der babilischen Sozialdemokratie steht, und einem ebenfalls sehr „Unentwegten“, dem Genossen Kautsky, in der „Neuen Zeit“ ein Streit entbrannt, den der babilische Revisionist W. H. K. 10.6 in einem Artikel des Karlsruher „Volksfreund“ zum Interessantesten rechnet, was man in den letzten Jahren an sozialdemokratischer Parteibildung erlebt habe. Mit Recht dürfte Rosa Luxemburg Kautsky gegenüber behaupten, daß von der preussischen Sozialdemokratie mit so großer Einnahme in's Irre, von elementarer fähiger Begeisterung getragene preussische Wahlrechtskampf total im Sande verlaufen, wie das Hornberger Schießen ausgegangen, aufgetotet geschlagen sei. Die „Genossen-Verzweiflung“, sagt Kautsky, gegen den Genossen Kautsky, gegen den Parteivorstand und gegen die überwiegende Mehrheit der ganzen preussischen und sächsischen Sozialdemokratie zweifellos im Recht, denn sie hat unbestreitbar die Konsequenz der sozialrevolutionären Laifade auf ihrer Seite. Die Laifade, auf welcher Kautsky in Stuttgart, Hannover, Radebeul, Dresden und Nürnberg die Zusammenbruchstheorie aufbaute, mit welcher er bewies, daß es keine Entwicklung zur Reform, sondern nur eine zur Revolution geben könne, daß wir einer großen Entscheidungsschlacht entgegengehen, bei der es gelte, die ganze kapitalistische Gesellschaft mit all ihrem Drum und Dran niederzuringen, diese Theorie und die Laifade, auf der sie aufgebaut ist, hält nur so lange Stand, wie sich die sozialdemokratische Partei davon hütet, auch nur einen Versuch zu machen, aus dieser in den Wolken schwebenden Theorie die logischen Schlussfolgerungen für die Praxis zu ziehen. Wir kommen in Preußen-Deutschland nicht zügig, sondern nur schrittweise zur Demokratie. Das das Mittel der sozialrevolutionären Laifade uns keinen Schritt vorwärts bringt, hat die bisherige Geschichte des preussischen Wahlrechtskampfes nur zu deutlich gelehrt. Wohl aber sind wir in Süddeutschland mit unserer Laifade der Reform in den letzten Jahren, wenn auch langsam, so doch tatsächlich, vorwärtsgelommen, bieweil man in Preußen immer noch auf dem toten Punkt steht. Anstatt sich darüber zu freuen, daß wir durch unser Vorwärtbringen, durch unsere positiven Erfolge, so klein sie in Preußen scheinen mögen, die Kluft zwischen dem reaktionären Preußen und dem fortschreitenden Süden vergrößern und damit unser Teil zur Förderung des Kampfes um ein modernes fortschrittliches Preußen beitragen, wirkt man uns jetzt Prigel zwischen die Beine und will uns an Händen und Füßen binden, damit wir von der uns zur Verfügung stehenden Macht ja keinen Gebrauch machen können. Sieht man denn in Preußen nicht den ungeheuren Widerspruch, der zwischen der sozialrevolutionären Zusammenbruchstheorie und der reformatorischen Praxis besteht, zu der man auch in Preußen immer wieder greifen muß, wenn man es nicht auf eine Katastrophe antommen lassen will, bei welcher das Proletariat niedergebunden und um Jahre und Jahrzehnte zurückgeworfen würde? ... Die Auseinandersetzung zwischen Kautsky und Luxemburg zeigt mit zwingender Deutlichkeit, daß die preussischen Genossen alle Ursache haben, sich etwas mehr um ihre bis jetzt absolut erfolglose Laifade zu bekümmern, als andern mit ihrer Mehrheit, für die sie nichts tun können, Ver-

schlüsse aufzuzustreuen, die wir nicht durchführen können, ohne daß wir die Partei auf's Schwerste schädigen und uns selber bloßstellen und blamieren würden.

Die Erklärung des Hansabundes gegen den Boykott des Bundes der Landwirte

saft endlich einmal den Sier bei den Hönern. Gegen die brutale Kampfweise der Agrarier, denen es nicht darauf ankommt, um der Befolgung ihrer egoistischen Politik willen Duzende von Existenzen, die ihnen nicht willig folgen, zu vernichten, kann nur rücksichtslose Energie und Anwendung aller von der Gesehgebung gebotenen Mittel helfen. Das Bestreben, Leute, die eine andere Politik treiben möchten als die bündlerische, durch Boykott Androhung zu Verriatern an ihrer Überzeugung zu machen oder durch Boykott Ausführung an Leib und Vermögen zu schädigen, entspringt einer infamen, erfolglosen und staatszerstirenden Bestimmung. Und es ist ein Zeichen des Tiefstandes unserer öffentlichen Lebens, daß vor den Augen der Welt, offen und ungehindert die wirtschaftliche Schädigung aus politischen Gründen angebroht und ausgeführt werden kann, ohne daß sofort die Entzühnung des gesamten anständigen Publikums diese Raubritter-Praxis zumichte macht. Es bedarf erst des Eingreifens eines großen unabhängigen Verbandes, um einmal Weisheit zu schenken in die feste Burg der Boykott Unmoralität und der politischen Sitten-Verderbung.

Wir wünschen dem Hansabund Erfolg bei seinen Bestrebungen, den bündlerischen Augiasstall zu reinigen, und wir legen unseren Freunden nahe, ihm, seiner Bitte entsprechend, wohl begründetes Laifaden-Material über die Schädigungs- und Einschüchterungsversuche des Bundes und der Konserwativen zu übersenden, damit die Aktion um so intensiver betrieben werden kann.

Die freisinnigen Parteien können ein Lied singen von der vermeintlichen Existenzbedrohung-Laifade der Agrarier, namentlich in den geeigneten Gefilden Ostelbiens. Hier entrollt sich eine der düstersten Seiten unserer Kulturgeschichte. Der bedenkliche Mangel an politischem Interesse in weiten Kreisen des Bürgertums, die Furcht vor den großen Herren, die Willkürerei und andererseits das leichte Anheimfallen auf die Versprechungen politischer Charlatane — das alles sind erschreckliche Folgen des ununterbrochen wütenden, laut oder andeutungsweise ausgeübten wirtschaftlichen Dreckes der Großagrarier auf die Kaufleute und Handwerker der Kleinstädte und des platten Landes. Die große geistige Unfreiheit und Unselbständigkeit, die man leider nur allzuoft antrefft, sie sind weitere Folgeerscheinungen der niederträchtigsten aller politischen Kampfesmethoden.

Das Bescheidene bei alledem ist die widerwärtige Heuchelei, mit der dieselben Herren, die die Boykottierung für ihr gutes Recht halten und dementsprechend ausüben, sich sichtlich enträsten über den Terror, der — leider — hier und da auch von anderen Parteien ausgeht wird. Der Boykott von sozialdemokratischer Seite ist, vom allgemeinen Standpunkt aus betrachtet, ebenso feibel und bewertlich. Aber die Agrarier, die den Boykott zur Unterjochung der Menschen in ein System bringen, haben am wenigsten Grund, demgegenüber die Moralisten zu spielen. Sozialdemokratischer und konserwativer Boykott — sie wachen auf demselben Holz der Unbuddhamkeit und des Fanatismus. Sie sind kultur- und damit staatszerstirende Faktoren. Und es freut uns, daß der Hansabund gerade diesen staatszerstirenden Einfluß des Boykotts gebührend gewürdigt hat. Die Wirksamkeit des Bundes der Landwirte nach dieser Richtung ist in der Tat eine antinationale, indem sie den Männerföhl und die Abzuegungstreue, die tiefsten Stützen des Gemeinwesens, systematisch untergründ.

Wenn das Vorgehen des Hansabundes die Zahlung von Schadenersatz an boykottierte Kaufleute und Handwerker zur Folge haben wird, so wird damit hoffentlich der Anfang gemacht sein zur Ausrottung

diefer krebstätig fortwachsenden Unflut des Boykotts. Denn wenn es an den Geldbeutel geht, dann pflegen die Herren Aguarier sehr empfindlich zu sein. Von einer Änderung der Gesetzgebung, die der Hansabund vorzuschlagen, versprechen wir uns viel weniger. Sie kann ein zweischneidiges Schwert sein. Die rigorose Anwendung der bestehenden Gesetze, insbesondere des § 826 des BGB, und eventuelle strafrechtliche Maßnahmen, sie dürften bereits Wunder wirken. Aber es ist nötig, diese Waffen systematisch zur Anwendung zu bringen. Und darum begrüßen wir nochmals mit lebhafter Befriedigung das Vorhaben des Hansabundes.

Noch ein belgischer sozialdemokratischer Hofgänger.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Brüssel geschrieben: Weil die vom Provinzialausschuß des Hennegau beschlossenen Lehrerseminarien nicht die Befähigung des klerikalen Kultusministers fanden, beschloß der Provinzialausschuß, eine Abordnung zum König zu senden, und zum Führer dieser wurde der Sozialist André gewählt. Die Lage des Königs gegenüber dieser Deputation war keine leichte. Der König hat sich verfassungsgemäß von jeder Einmischung in Regierungshandlungen fernzuhalten, und es stand immerhin zu befürchten, daß schon der Empfang dieser Herren, die sich über die klerikalen Regierungsmandate beklagen wollten, als eine Art Stellungnahme aufgefaßt werden würde. Der König hat sich entschieden, dennoch dem Erluchen Statuzugeben, und es kam denn, horribile dictu, der Sozialist André in die Lage, an den König, in dessen Schloß, eine höchst liebenswürdige Ansprache halten zu können. Er beklagte die Wünsche Albert I. vor allem zu seiner Pariser Reise, ließ auch einige freundliche Worte an die Adresse der Königin einfließen, und brachte dann die Beschwerden des Provinzialausschusses vor. Der König antwortete, wie er es tun mußte, sehr vorfichtig. Er sagte, daß der Unterricht in den Lebenslagen der Nation gehöre, daß er ihm daher alles Interesse entgegenbringe. Er müsse sich aber in den Grenzen der Befassung halten, verspreche jedoch, die Frage mit den Ministern zu erörtern. Dann behielt der König die Herren noch einige Zeit bei sich und unterhielt sich herzlich mit ihnen. Was werden die Unentwärtigen in Deutschland dazu sagen, daß hier ein Sozialist nicht nur ins Schloß zum König geht, sondern auch noch den königlichen Einfluß zu gewinnen vermag?

Politische Uebersicht.

Der Internationale Friedenskongreß zu Stockholm hat am Dienstag folgende Resolutionen angenommen: Der Kongreß ist glücklich, daß die Periode der aktiven militärischen Operationen Frankreichs und Spaniens in Marokko aufgehört hat. Er innert daran, daß die Algerien-Konferenz eine Einschränkung der effektiven Überwachungsgruppen beschloß, und hofft, daß die Entwicklung friedlicher normaler Beziehungen zwischen den Europäern und der marokkanischen Bevölkerung eine progressive baldige Zurückziehung der Truppen ermöglicht.

Schweden. Die päpstliche Botschaft ist im Verlauf der Verhandlungen veröffentlicht worden. Das förmliche Verbot von Herrenten, das die klerikalen Protestanten müsse man zeigen, daß sie nicht formaleren können.

Felgen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Delbecq hat wegen Krankheit seine Entlassung eingebracht.

Frankreich. Der Marineminister hat Order gegeben für die Ausrüstung neuer Panzerkämpfer, deren eines in Bratt, das andere in Cortice gebaut werden soll. Innerhalb dreier Jahre sollen die Schiffe zur Indienststellung bereit sein.

Rußland. Trotz aller Dementis behauptet es sich nach Meldungen der „Nat. Ztg.“ doch, daß das Zarenpaar am 25. August in Essen eintrifft und im großherzoglichen Schloß Wohnung nimmt. Die Zarin wird von hier aus einsehend für die von Bonaparte gebrauchten, die ihr von den Ärzten angeraten wurde. Gleichzeitig wird auch das Großherzogpaar von Hessen dort Wohnung nehmen. Der Aufenthalt der Zarenfamilie in Deutschland ist auf ungefähre vier Monate festgelegt. Über den Niedergang des heiligen Synods in Rußland schreibt der „Russ. Kor.“ aus Petersburg: Glück war der heilige Synod in Rußland ein ungeheurer Wachstums, zumal der entscheidende im innerpolitischen Leben des Reiches. Es war damals, als der unglückselige Robjodonow an seiner Spitze stand. Er pflegte die Synodalglieder schon bei ihrer Ernennung so auszufragen, daß er über ihres Institut eine unumschränkte Herrschaft besaß, die er dann zu seinen Zwecken zum auszunutzen mußte. Er mißbrauchte seine so glücklich erworbene Autorität, um eine politische Partei zu bilden, und seine ungezügelt politische Fiktion zu sichern, und benutzte dann wiederum seine politische Stellung, um den Synod einzuschließen. Niemand durfte dem Allgemächtigen im Synod widersprechen, und im Lande war es nicht wesentlich anders. Seit dem Tode Robjodonows ist die Unabhängigkeit des Synods geschwunden und seine Macht gesunken, aber immer noch ist das Institut nicht weniger mächtig. Der Synod hat zwar seinen eierernen Einfluß verloren, aber die sich selbstständig durchsetzenden Einflüsse der vorliegenden Gesellschaften sind doch in der Förderung einzig, ja noch mehr zum Zunehmen. Zugleich damit ist die Wirkung vor diesem Institut selbst bei den Westlichen bereits so gering, daß viele von ihnen sich über sein existenzielles Hinweggehen. Wünsche und Gesetze wie Zskobor, Arsen, Wokorgow u. a., die in

ihrem heftigen Treiben alle Schranken des Anstands überschreiten, kümmern sich auch nicht im mindesten um die Warnungen und Verbote des Synods und verweigern ihm ostentativ den Gehorsam. So erwies sich der Synod nach jeder Richtung hin als machtlos, soweit er nicht einfach in das Horn der schäumenden Reaktion bläst. Ja, er kann nicht einmal in seinem Kleinstem vom West kommen. Charakteristisch dafür ist es, daß der Synod sich in diesem Sommer nicht einmal Ferien gönnen darf. Denn es ist keine Aussicht vorhanden, daß er vor dem Herbst mit seinen launenden Gesäßen fertig werden wird. Ist das ein arbeitsames Institut!

England. Das Oberhaus hat sich am Mittwoch, nachdem die königliche Zustimmung zu den letzten Gesetzesvorlagen erteilt worden ist, bis zum 15. November vertagt. **Niederlande.** Die Regierung beantragt von der Kammer 40 Millionen Gulden zur Gründung eines Spezialfonds zur Verbesserung der Küstenverteidigung und zum Ausbau der Flotte. Die Regierung begründet ihren Antrag mit einem Hinweis auf die wachsenden Ausgaben, welche das Ausland für seine Kriegsmarine macht.

Spanien. Das spanische Königspaar ist am Mittwoch nach Paris nach England abgereist.

Türkei. Wie verlautet, ist mit der Neueinteilung des türkischen Heeres in 14 Armeekorps ein größerer Reorganisationsplan verbunden. Danach soll jedes Korps aus zwei bzw. drei Divisionen, jede Division aus drei Regimentern zu je drei Bataillonen mit einem Jägerbataillon bestehen. Die Infanteriedivision wird abgeschafft. Jede Division erhält eigene Kavallerie, Artillerie und Maschinengewehrkompagnien. — Wie die „Times“ aus Konstantinopel meldet, haben die Russen in Sauran zwei Christen derber zerstört und ein Dutzend unter den Bewohnern angezündet. Die Regierung habe Sami Balcha, einen Schüler des Generalarztes v. d. Goltz, mit 26 Bataillonen und acht Batterien nach Sauran entsandt.

Griechenland. Die Regierung hat die griechische Gefangenhaft in Konstantinopel davon verständigt, daß sie nach erfolgtem Dementi den durch das Interdium des türkischen Gesandten in Wien entstandenen Zwischenfall als erledigt betrachte.

Perth. Gutem Vernehmen nach sollte am Mittwoch der Belagerungskrieg auf drei Monate verlängert werden. Die Belagerung wurde bis zum Dienstag nicht geführt; aus der Belagerung nicht geschlossen. Die Mahajedden sollen entworfen werden. Der Gehag hat zum erstenmal an den Wandern der perthischen Korpsen teilgenommen. Die Korpsen sind jetzt noch in weit höherem Maße als früher eine russische Truppe und stehen fast ganz außerhalb des perthischen Heeres.

Ägypten. Die ägyptische Nationalpartei wird im September in Paris einen Kongreß abhalten, auf dem die Unabhängigkeit Ägyptens erörtert werden soll. England macht Anstrengungen, ein Verbot der Veranstaltung durchzusetzen, doch gilt ein solches als unwahrscheinlich.

China. Der frühere chinesische Gesandte in Washington Buntingang soll den neugekauften Boden eines Palastes des Waiwou aufgeben. Prinz Felito soll zum Ratgeber des Kaisers in ähnlicher Weise ernannt werden. Wie Prinz Kaishun nach der Rückkehr von seiner Flottenmission zum Berater der Flotte bestellt worden ist. — Zur Erklärung der neueren Unruhen in Tibet veröffentlicht die englischen Zeitungen mehrere Telegramme aus Peking und Indien. In Peking erklärt man danach die gegenwärtigen Unruhen damit, daß die Tibeter durch die Wiedereröffnung des Handels Dalai Lama verlangen, der sich noch immer in Darjeeling befindet, möge er im Frühjahre vor den chinesischen Truppen gehen. Die Chinesen meinen, die Hauptgefahr bestände darin, daß die Tibeter die beiden britischen Posten in ihrem Lande angreifen könnten, weil sie der Überzeugung seien, daß Großbritannien nicht genügend eingetrete, um die Mächte der Dalai Lama zu ermöglichen. Diese Auffassung scheint die zu einem gewissen Grade durch eine Meldung bestätigt zu werden, welche die „Daily Mail“ aus Darjeeling veröffentlicht. Darin heißt es nämlich, daß der Dalai Lama seine immer wieder aufgehobene Absicht, nach Peking zu gehen, nunmehr endgültig aufgegeben habe. Anstatt dessen werde er nun seinen Sekretär nach London schicken mit der Aufgabe, den wahren Sachverhalt dort ausführlich klar zu stellen. Auf der anderen Seite wird aus Indien gefolgt, daß es sowohl in offiziellen Kreisen, wie auch unter den Kaufleuten bestehe, daß die Tibeter der britisch indischen Regierung außerordentlich dankbar seien für die freundliche Aufnahme, die dem Dalai Lama in Indien gewährt worden sei, als er vor den Chinesen flüchten mußte. Es sei daher vollständig ausgeschlossen, daß die Tibeter die Absicht hätten könnten, die britischen Agenten anzugreifen. Wenn Schwierigkeiten entstanden wären, so seien sie sicher darauf zurückzuführen, daß die Chinesen versuchten, die Tibeter dafür zu bestrafen, daß diese die chinesischen Truppen daran hinderten, jeherzeit den Dalai Lama gefangen zu nehmen. — Auf eine Anfrage von Vansdornes im englischen Oberhaus erklärte am Dienstag der Kolonialsekretär Carl O. Grey, die indische Regierung habe es angeht, daß die unruhigen Lage in Tibet für notwendig, geeignete Streitkräfte an der Grenze aufzustellen, um nötigenfalls die englischen Handelsagenturen zu sichern. Diese Streitkräfte, deren Zusammenstellung Grey angab, sollten die tibetische Grenze nur überschreiten, wenn es zum Schutz der englischen Beamten erforderlich werden sollte, und würden, sobald es die Lage gestatten würde, zurückgezogen werden. Keinesfalls sollte sich die Truppen in die chinesisch tibetischen Streitkräfte einmischen.

Ind. und Mittelamerika. Der Präsident von Braxillen Dr. Vito Branca hat an den Bundeskongreß eine Motion gerichtet, in welcher er ihm den verfassungsrechtlichen Fall des Staates Rio de Janeiro zur Entscheidung übertriet. Dort bestehen nämlich gleichzeitig zwei geltende Verfassungen, von denen sich jede für die allein geltend behaupten. Die Kongreßmitglieder sind dem einstimmig zum Konkreß geneigt. — In Honduras geht es sehr wild zu. Reisende, welche in Reunortons aus Puerto Cortez (Honduras) eingetroffen sind, melden, daß im Zusammenhang mit dem letzten Aufstandsverlauf 17 Hinrichtungen stattgefunden haben und 20 Personen verhaftet worden sind.

Deutschland.

Berlin, 4. Aug. Der Kaiser ist am Mittwoch vormittag in Stettin eingetroffen. Am Bandungssteg

erwartete ihn Prinz Eitel Friedrich. Der Kaiser bestieg am Bollwerk mit dem Prinzen Eitel Friedrich ein Automobil, um sich nach dem Exerzierplatz Kreflow zu begeben. Dort stieg der Kaiser zu Pferde und bestieg die Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm IV. 1. Bann. Nr. 2, beim Kommandeur Dierst Dichtig Gast des Kaisers auf der Nordlandreise gewesen war. Nach der Kritik setzte sich der Kaiser mit dem Prinzen an die Spitze des Regiments und führte dieses zur Stadt zurück. Bei der Frühstücksfeier im Offiziers Kasino brachte der Kaiser einen Trinkpruch auf das Regiment aus, auf welchen Dierst Dichtig erwiderte. Der Kaiser und Prinz Eitel Friedrich reisten nachmittags mit Sonderzug nach Berlin ab, wie sie 4 Uhr 25 Minuten eintrafen. — Die Kaiserin ist, vom Schloß Wilhelmshöhe kommend, gestern früh bei eingetroffen und hat sich in das königliche Schloß begeben.

Der Landwirtschaftsminister Frehr. v. Schorlemer ist mit Urlaub nach der Rheinprovinz abgereist.

(Nach einnucleus Herrenhausmitglied.) Bei der am Dienstag in Königsberg i. Pr. vollzogenen Ersatzwahl zum Herrenhaus ist auf Präsentation des Verbandes des Alten und Befähigten Grundbesitzes im Landratsbezirk Samland und Natangen Landrat a. D. von Vatoai-Bledau an Stelle des zum Obermarschall im königlichen Preußen ernannten Rittergutsbesitzers Grafen von Ralmein-Rilges gewählt worden.

(Ein militärisches Ehrengerichtsverfahren) ist, wie der „Rein. Westf. Ztg.“ aus Slesien berichtet wird, gegen den dortigen Bürgermeister Hartmann, der gegenwärtig den Oberbürgermeister vertritt, eingeleitet worden. Hartmann ist jeherzeit als Bürgermeister von Waltershausen nicht befristet worden, angeblich, weil er politisch allzu links stehen soll. Wie hierzu mitgeteilt wird, hat das jetzt eingeleitete militärische Ehrengerichtsverfahren nichts mit der politischen Stellung Hartmanns zu tun, sondern beruht auf einen Zusammenstoß mit einem Jenseiter Einwohner.

(Hinsichtlich der Reichstags-Ersatzwahl in Bschopau. Marienberg) macht die sozialdemokratische „Chemnitzer Volkszeitung“ und ihr nach die „Reipziger Volkszeitung“ phantastische Mitteilungen über angebliche Gespräche fortgeschrittener Vertrauensmänner, die die Kostendeckung für die Kandidatur des fortschrittlichen Kandidaten, des Landtagsabg. Wrodoau, betreffen. Demgegenüber sei festgestellt, daß die sämtlichen Wahlstellen von sämtlichen Parteigenossen und von der Parteilicheit der fortschrittlichen Volkspartei geleistet worden sind. Die Information, daß Herr Wrodoau „bestimmte Verpflichtungen“ auferlegt worden seien, um die nötigen Wähler zu erhalten, verdient hierbei ganz besonders zurückgewiesen zu werden. Der fortschrittliche Kandidat wird in jedem, wie auch immer gereizten Fall, niemals andere „Verpflichtungen“ eingehen, als diejenigen, die sich aus den Grundzügen des Parteiprogramms von selbst ergeben.

(Kleine Fiktionen zwischen den Bundesgenossen vom schwarz-blauen Bloß) In der letzten Wochenchau der „Kreuzzeitung“ über die innere Politik heißt es u. a.: „Gensio bedeutungslos wie der Geist innerhalb der Sozialdemokratie erscheinen und die Zankereien einiger journalistischer Zentrumsführer. Der Streit dreht sich immer noch im wesentlichen um die Frage, ob das Zentrum eine konfessionelle Partei sei, oder eigentlich nur um die Frage, ob man diese Tatsache zugeben dürfe. Der Außenstehende kann sich dafür kaum interessieren, denn er sieht es, er kann es mit den Händen greifen, daß das einzig einigende Band des Zentrums die Konfession ist. Wäre das Zentrum nicht „die“ katholische Partei, würde es nicht durch das Eintreten des Alexus allein streng zur Kirche haltenden Katholiken zufolge obligatorisch gemacht, dann ständen seine Organe nicht so günstig wie sie tatsächlich sind. An dieser Tatsache wird nicht dadurch geändert, daß sie bestritten wird.“

(Wunder vornehmen) Kampfesweise der Konservativen) so schreibt die „Lib. Korrespondenz“, liegt wieder ein hübsches Stückchen aus dem Wahlkreise Kolberg-Röslin vor. Eine konservative Beichte, der Bauernhofbesitzer Scheuemann-Schweffin hatte behauptet, der politische Redakteur der freisinnigen „Kösliner Ztg.“, der im ganzen Kreise bekannte Dr. Rubow, sei „Ehrenmitglied der sozialdemokratischen Partei“. In einem Briefe hatte Rubow dem Scheuemann zur Zurücknahme dieser nach Lage der Dinge sich als verurteilende Beleidigung charakterisierenden Behauptung aufgefordert. Scheuemann erwiderte auf diesen Brief nicht. Die „Kösliner Ztg.“ bringt jetzt den Brief Rubows und verweist die Notiz mit der zutreffenden Spitzmarke „Schwabenschneider“. Rubow bemerkt noch zu der kleinen Affäre: „In der Politik ist dieselbe Herren jedes Mittel recht, und es nach den Lehren Christi und nach dem allgemein menschlichen Sittengesetz noch so anstößig sein. Mich persönlich

würde die Vereindung sehr kalt lassen. Aber im Interesse der von mir vertretenen Sache übergebe ich dies neue Wahrscheinlich konsequenter Kampfesweise der Öffentlichkeit und überlasse das Urteil darüber getrost allen anständigen Leuten".

(Reichstagsagent und Handelskammern.) über eine nicht besonders entgegenkommende Haltung des Reichstages gegen die Handelskammern wird berichtet: Der Präsident des Reichstages hat folgende Schreiben: "Von einer Handelskammer erfahren wir, daß ihr von ihrer Regierung der Entwurf einer Zoll-Verordnung zur Prüfung überfandt ist. Da uns von der Angelegenheit sonst nichts bekannt geworden ist, bitten wir, uns gütigst darüber zu unterrichten, und gegebenen Falls den Entwurf zusammen zu lassen und uns mitzuteilen, ob nicht bezüglich der Handelskammern Gelegenheit zu geben, sich in unmaßgebender Weise über den Entwurf zu äußern." Herr Vermutlich war allerdings so freundlich, sofort den Entwurf der Zoll-Verordnung zu überfanden, oder er begleitete diese Überlegung mit folgendem Schreiben: "Die Entscheidung darüber, ob und in welchem Umfange die Handelskammern der Prüfung des Entwurfs zu beteiligen seien, wird den einzelnen Landesregierungen, die um eine Äußerung über den Entwurf ersucht sind, vorzubehalten sein."

(Der Händlerführer Freiherr von Wangenheim) erklärte kürzlich in einem österreichischen Blatte in einer Erwiderung auf einen Artikel des Abg. Fegter, er habe niemals auf einer Bundesversammlung dazu geraten, es mit sozialdemokratischen Stimmgäulen zu versuchen. Richtig ist vielmehr, daß er stets bei der Kritik des Eintretens der Liberalen für die Sozialdemokratie erklärt habe, ein deutscher Landwirt könne und werde niemals für einen Sozialdemokraten stimmen. Das Wort des Herrn v. Wangenheim in Ehren! Aber auch ein Händlerführer sollte niemals, niemals sagen. Es ist einfach nicht richtig, daß ein deutscher Landwirt niemals für einen Sozialdemokraten gestimmt hat. Schon oftmals haben wackerste Agrarier in liberal-sozialdemokratischen Schwächen aus Politik der Beszeit für den Sozialdemokraten gegen den Liberalen gestimmt. Wir erinnern nur an die Wahl in Neustadt-Bandau, wo der Sozialdemokrat Huber nur infolge bündlerischer (und Zentrums-) Hilfe über den Nationalliberalen liegen konnte, und wir denken an Bandeshut-Jauer-Wolkstein, wo notorisch eine ganze Anzahl konservativer bündlerischer Stimmen auf den Sozialdemokraten Prohl und nicht auf den Freimüthigen Blüthmann entfielen. Auch in Lippe-Detmold haben bekanntlich bei einer Landtagswahl konservativere Bauern einen Sozialdemokraten gewählt. Die Beispiele ließen sich vermehren, und zwar durch Fälle aus der Neuzzeit. Der neueste Fall agrarischer, wenn auch indirekter, so doch sehr wirksamer Unterstützung der Sozialdemokratie ist die württembergische Landtagswahl in Welzheim, wo der Wund der Landwirte durch die Aufrechterhaltung seiner aufsteigenden Kandidatur im zweiten Wahlgange die Wahl des Sozialdemokraten Kinkel erst ermöglicht hat.

(Einen Angriff gegen das Reichstagswahlrecht), wenn auch in möglichst verflämender Form, leistet sich die "Deutsche Tageszeitung" anlässlich des Ergebnisses der Reichstagswahlwahl in Cannstadt-Ludwigsburg. Aus den Ausführungen liberaler

Blätter, daß nur die Mitläufer der Sozialdemokratie das Wahlergebnis verschuldet hätten, indem der verärgerte Bürger seinem Ärger durch die Wahl eines Sozialdemokraten Ausdruck geben wollte, will die "Deutsche Tageszeitung", wie sie sagt, ein liberales Zeugnis dafür entnehmen, daß die Menge noch nicht reif für das gleiche und allgemeine Wahlrecht sei". Mit diesem dialektischen Kniff sucht die "Deutsche Tageszeitung" ihre eigene Gegnerschaft gegen das gleiche und allgemeine Wahlrecht zu verschleiern. Sie verwahrt sich zwar von vornherein gegen "künstliche Mißverständnisse", als wollte sie damit etwa für die Abschaffung des Reichstagswahlrechts eintreten. Nun, allzu künstlich würde ein solches "Mißverständnis" durchaus nicht sein, wenn es sich überhaupt um ein Mißverständnis handelt; denn derartige Ausführungen wie das Agrarierblatt in diesem Fall macht niemand, der nicht im Innersten seines Herzens das allgemeine Wahlrecht zum Ziel wagt.

Mit dem Verkauf zweier deutscher Linienfahrzeuge aus der Brandenburg-Klasse, die in den Jahren 1891-92 vom Stapel liefen, an die Türkei, scheiden, so wird den "Münd. Neueste Nachrichten" aus Berlin geschrieben, die beiden ältesten Linienfahrzeuge aus unserer Kriegsflotte aus. Im nächsten Staatsjahr 1911 werden dafür Ersatzbauten gefordert werden, da sie denn die gesetzmäßige Lebensdauer von 20 Jahren vollendet haben. Nach mancherlei Versuchen, die vielfach mehr ein Probieren als ein zielbewusstes Vorgehen bedeuteten, waren die Linienfahrzeuge dieser Klasse die ersten Schlachtschiffe von wirklich beträchtlicher Kampfkraft in unserer Kriegsflotte. Auch heute noch, in der Dreabundzeit, stellen sie stattliche Kampfeinheiten dar. Die Dimensionen sind 108 Meter Länge, 19,5 Meter Breite, 7,4 Meter Tiefgang. Ihre Wasserverdrängung ist 10 060 Tonnen. Sie haben eine sehr starke Panzerung von 400 Millimeter am Gürtel und 300 Millimeter bei der schweren Artillerie. Ihre artillerische Bewaffnung ist auch heute noch sehr respektabel. In drei Panzerdeckungen sind sechs Geschütze von 28 Zentimeter Kaliber aufgestellt. Dazu kommen in den Batterien noch acht Geschütze von 105 Zentimeter Kaliber, acht zu 8,8 Zentimeter, vier Maschinengewehre und überdies drei Torpedobauschloßrohre, davon zwei unter Wasser. Der schwache Punkt dieser im übrigen noch ausgerechneten Schiffe ist die verhältnismäßig geringe Geschwindigkeit. Ihre Maschinen haben nur 9000 Pferdestärken, die zwar 17 Knoten Fahrt liefern sollen, in Wahrheit aber kaum mehr als 14 Knoten erzielen. Dies ist auch der einzige Grund, weshalb die Reichsregierung sich entschlossen hat, die Schiffe an eine befreundete Macht, wie die Türkei, zu einem guten Preise zu verkaufen. Sie können in einem Geschwaderverband der Linienfahrzeuge von 19 bis 21 Knoten, der unsere neuesten Linienfahrzeuge und großen Kreuzer von 21 bis 25 Knoten umfaßt, nicht mehr mit. Für die Türkei kommt dieser Mangel an Geschwindigkeit dagegen nicht in Betracht. Sie braucht vor allem Schlachtschiffe von starker artillerischer Wirkung. Mit der Erwerbung dieser Schiffe hat die türkische Flotte, deren größte modernen Schiffe bisher nur zwei kleine getriebene Kreuzer sind, eine bedeutende Verstärkung erfahren, die auch die stärksten griechischen Kriegsschiffe an Geschwindigkeit weit überlegen. Der türkische Minister hat den Ankauf dieser beiden Geschiffe beschlossen. Auch sollen Verhandlungen zwischen der deutschen und der türkischen Regierung über den Ankauf der beiden Linienfahrzeuge, "Weißbühl" und "Börwit" schweben, die gleichfalls Schiffe der Brandenburg-Klasse sind und zur Reserveflotte der Nordsee gehören.

Vermischtes.

(Erdbeben Automobilunfall) Montagabend fuhr ein Automobil, das sich auf einer Probefahrt befand, bei Leonberg gegen einen Baum. Zwei Chauffeure kamen mit dem Schrecken davon, während der dritte, der Hausmeister Emil Roth aus Stuttgart, den die Chauffeure unterwegs zur Mitfahrt eingeladen hatten tödlich verlegt wurde.

(Schon wieder ein Expreß) Frankfurt a. O., 2. Aug. Vor einigen Tagen ging unter der Ägide einer hiesigen Fabrikgesellschaft, die zuerst im Babe weilt, ein in Brackisch verfertigter Expreß ein, worin die Fahrzeit auf 40 Minuten, 8000 Meter bestimmten Stelle niederzulegen. Der Schwebeloch der Adressen setzte sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung und ließ am nächsten Tage in einem Frankfurter Blatt ein Inserat: "Ich räume 10.000 M." erscheinen. Von dem Expreß war alsbald ein zweiter Expreß ein, worin er sich mit der Ermöglichung der zuerst geforderten Summe einverstanden erklärte und eine Stelle auf der Oberseite besetzte, wo das Geld in der Nacht gegen 12 Uhr niedergelegt werden sollte. Die Kriminalpolizei stellte ihm eine Falle, in die er auch hineinging, so daß es gelang, den lauberen Patron festzunehmen. Es ist ein 21jähriger Holzschläger.

(Eine Kreuzotterplage) Ist im Fischtelegebirge aufgetreten. Die Reptilien treten so massenhaft dort auf, daß A. B. die Patienten der Heilanstalt Fischtelegebirg in großer Zahl über zweihundert Kreuzottern allein in einigen Wäldchen des südwestlichen Abhanges des Schneberges getötet haben. Neben der braunen Kupferotter wird auch die sogenannte Teufelotter, eine ins Schwarze spielende Art der Kreuzotter, dort vorgefunden.

(Von der Präfektur Weltausstellung.) Dienstag vormittag führte im großen Saal der Weltausstellung der Handelsminister Huber, in Begleitung mit der Ausstellungskommission und den Kommissaren der verschiedenen Länder, die 1500 Preisrichter in ihr Amt ein, die die Jury der Weltausstellung bilden. Die Herren begannen am 8. d. M. mit ihren Arbeiten, die sich auf etwa einen Monat erstrecken. Die Preisurteilung ist erst gegen Mitte September zu erwarten.

(Ein schwerer Wagenunfall) ereignete sich am Dienstag im Dorfe Wilmsdorf bei Bernau. Der Güterbesitzer Lorge hatte sein Fuhrwerk, auf dem sich sein Fuhrer und zwei Arbeiter befanden, nach dem Felde gefahren. Unterwegs wurden die Pferde vor einem Automobil stehen und gingen durch. Der Fuhrer verlor die Gewalt über die Pferde, und alle drei Personen führten vom Wagen. Eine Arbeiterin, die etwa 60jährige Arbeiterin Bauer, wurde so schwer verletzt, daß sie bald daran starb. Die andere Frau und der Fuhrer erlitten schwere innere Verletzungen.

(Streit in Paris.) Infolge eines am Sonntag gefassten Beschlusses sind Montag früh die Dachdecker sowie die Metz- und Zintbarbeiter in den allgemeinen Ausstand getreten. In Paris kommen mehr als zwölftausend Arbeiter bei 1200 Unternehmern. Die Ausständigen verlangen Lohnerhöhungen von zwei Francs pro Tag und 80 Prozent Zuschlag für Überstunden.

(Der Todesurteil des Marineoffiziers.) Der Offizier von dem in Eberland an der norwegischen Küste liegenden Panzerkreuzer "Gneisenau", der, wie gemeldet, gestern tödlich verunglückte, ist Oberleutnant z. S. Christiani, ein Sohn des Geheimen Oberpostkammer- und Reichspostamt Christiani. Der Marine gebürtig er leit sieben Jahre an.

Auktion.

Sonabend den 6. d. M., von vormittags 9 Uhr an, werden im Verkauf 9 sehr guten Qualitäten, Saalstraße 14, die nachfolgenden Gegenstände, als:

1 Kleiderschrank, 1 ovaler Tisch, 1 Sofa, 2 Stühle, 1 Kommode, 1 Küchen- und 1 Kindertisch, 1 Küchenschrank, 1 Nähmaschine, 4 Bettstellen mit Matratzen, Kalkissen und sämtlichem Zubehör, 1 Wanduhr, 1 Kohlenkasten, Lampen, Porzellan und div. Küchengeräte, ferner: einen grossen Posten div. Schnittwaren, Hemden-Barchente (hant und weiss), Blusen- und Kleiderstoffe (woll. u. kattanene), 1/2 Dtzd. Barchent- und 1/2 Dtzd. Normalhemden, Wäsche, wollene Unterröcke und div. Kattun- und Barchentreste

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung veräußert.

Versteigerung, den 1. August 1910.

Fried. M. Kunth.

Sicherheits-Tanz-Kontroll-Abzeichen, Tanzblumen, Tanzband, Eintrittskarten, Garderobennummern für Vereine und Saalbesitzer empfiehlt billigst Kurt Karius, Brühl 4

Schuhmacher Stern & Co. sucht

Anzeigen.

In diesen Teil überlassen die Redaktion dem Etwas im Gegenseitigen keine Verantwortung

Familiennachrichten.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 8 Uhr verschied plötzlich und unerwartet unser liebes kleines Töchterchen

Martha

im Alter von 3 1/2 Jahren infolge langwierigen Falles. Dies geht an mit der Bitte um stille Teilnahme

die trauernde Familie

Albert Schlegel.

Reichenau den 4. August 1910.
Die Beerdigung findet Sonnabend den 6. August, nachmittags 3 Uhr, statt.

Hallese Strasse 80

ist eine Wohnung, 1. Etage, 4 Zimmer, Küche und sämtliches Zubehör, für 400 Mk., desgl. eine Wohnung, parterre, für 320 Mk. zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen
Wohnung zu 300 Mk. per 1. Oktober, und Wohnung zu 180 Mk. sofort an ruhige Leute zu vermieten

Breite Strasse 16, part.

1. Etage, 2 St., 3 R., Küche und Zubehör, für 400 Mk., zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen
Hüter Altkönig 53

Logis

Das von Frau Rektor Schulz seit Jahren bewohnte ist wegen des Alters zu vermieten und 1. Okt. d. J. zu beziehen. Näheres

Entenplan 4

Einfach möbliertes Zimmer und Kammer zu vermieten. Zu erf. in der Exped. d. Bl.

Am Dienstag Abend verschied in hohem gottgesegnetem Alter der frühere Oberlehrer am Königl. Dombgymnasium

Herr Professor

Carl Bethe.

Der Verewigte hat der Anstalt 32 1/2 Jahre in schlichter Treue und stiller Pflichterfüllung gedient. Sein Herz hat bis zu seinem Ende seiner Arbeitsstätte gehört. Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben.

Der Direktor und das Lehrerkollegium des Königl. Dombgymnasiums.

Wohnung in Preise von 28-42 Tm. wird von anständiger kleiner Familie per 1. Oktober zu mieten gesucht. Stadt bevorzugt. Offerten unter J 120 an die Exped. d. Bl. erörtern

Möbliertes Zimmer

billig zu verm. Güterstr. 13, 1. Et.

Möbliertes Zimmer

zu vermieten Lindenstr. 6

Wer verkauft sein

Haus, Geschäft

oder sonstiges Anwesen? Gleich wech. Ort u. Platz. Ankauf an die Vermittlung u. Verkaufszentrale, Leipzig, Wipfmanns.

6000 und 15000 Mk.

auf gute Hypothek zur Gestiftung v. 1. Okt. geinst. D. u. U P 2715 an Rudolf Hoffe, Halle a. E.

Bessere Schlafstelle offen

Gottwardstr. 13 II.

Gebr. Damenrad

zu kaufen geucht. D. u. K. an die Exped. d. Bl.

Ein Herrenfahrrad

ist billig zu verkaufen Preuerstr. 5.

Gut erhalt. Kinderwagen

billig zu verkaufen Neumarkt 52.

Ein guterhaltener Kinderwagen

zu verkaufen Eitzberg 1.

Eine Grube

billig zu verkaufen. Näheres Wilhelmstraße 9, I.

Ein gut erhalt. Plüschsofa

ist billig zu verkaufen Breite Mauer 24, Hinterhaus, part.

Provinz und Umgegend.

Halle, 3. Aug. Ein beliebtes Mitglied unseres Stadthäufers, Dreifinger Albert Kumann, hat gestern in seiner Wohnung, Goethestraße 28, seine im Bett liegende Ehefrau, geb. Gull, durch einen Revolverschuß getötet. Dann schoß er sich eine Kugel in den Kopf und erhängte sich, da die Schußwunde nicht tödlich war, an dem Kleider-schrank. Kumann, dessen künstlerische Leistungen viel Anerkennung fanden, war schon seit langer Zeit hochgradig nervös. Er hatte ein Geschwür an der Nase, das einen operativen Eingriff erforderte, wozu letzterer aber mit Rücksicht auf den Zustand des Kranken nicht vorgenommen werden konnte. Als gestern die einzige 16 Jahre alte Tochter des Ehepaars von einem Ausgange in die elterliche Wohnung zurückkam, war die Tat geschehen.

Halle, 3. Aug. Im „Oberpollinger“, Ecke Große Ulrichstraße und Jägergasse, spielt seit Dienstag ein Indianer-Quartett „Wild-West“, drei Männer und ein Weib. Alle vier tauchen beständig die Friedenspfeife und zumal die Indianerfrau taucht wie ein Schlot. Sie verschmähren aber auch nicht einen Trunt schäumenden Geistesgetränk und auch manche andere Gewohnheit von Europäern über-tüncher Höflichkeit scheinen sie unangenehm zu haben. Das alles im Verein mit ihrem vorzüglichem Spiel — der ältere der Indianer spielt Klavier, einer das Sello, einer die Geige, die die Fföte — ließ in manchem der Konzertbesucher die Meinung aufkommen, daß die Höflichkeit nicht echt seien. Die Geschäftsbildung aber zeigt aufs Unzweifelhafteste, daß man es hier mit echten Indianern zu tun hat. Aber die Bier sind auch ein Beweis dafür, daß der Zivilisation auch Indianer zugänglich sind.

Naumburg, 3. Aug. Oberstleutnant Schö-nbeck, Kommandeur des Magdeburgischen Jäger-Bataillons Nr. 4, wurde unter Beförderung zum Obersten zum Kommandeur des 5. Boftr. Infanterie-Regiments Nr. 144, v. Dassel, Major und Bat.-Kommandeur im Kaiser Alexander Garde-Regiment Nr. 1, zum Kommandeur des Magdeburgischen Jäger-Bataillons Nr. 4 ernannt.

Ellenburg, 3. Aug. Dem prakt. Arzt Dr. med. Lormann, der seit Januar 1905 die ärztliche Praxis hier ausübt, wurde der Titel „Sanitätsrat“ verliehen. — Im Walde bei Mordrechna wurde ein 13-jähriges Schulmädchen von einem jungen Manne angefaßt und mit einem Revolver bedroht. Der Streich entloh auf seinem Rade, als er geflüchtet wurde. In Ellenburg verlor man seine Spur.

Wittenberge, 3. Aug. Der Vorzug D 6 fuhr heute über die gewöhnliche Haltestelle hinaus und stieß mit der bereitgestellten Vorpannmaschine zusammen. Die Lokomotive wurden beschädigt, vier Reisende leicht verletzt. Der Zug fuhr mit 37 Minuten Verspätung weiter. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Vom Eichsfelde, 2. Aug. Nachdem die Neu- und Kleenee ziemlich dürrig ausgefallen war, hofften die Landwirte durch eine gute Getreideernte entschädigt zu werden. Aber auch diese Hoffnung scheint nicht in Erfüllung zu gehen. Einen recht traurigen Anblick gewähren die Getreidefelder, besonders diejenigen, die nahe am Walde oder im Tale liegen. Während die Weizenfelder noch ziemlich gut stehen, sind die Roggenfelder ihrer Ähren beraubt. Diese liegen wie abgehackten am Erdboden. Ein Insekt, die Zwerggrille, das in diesem Jahre in Massen auftritt, trägt die Schuld an dieser argen Verheerung der Kornfelder. Der Schaden ist ganz bedeutend, denn es gibt auf dem Obereichsfelde weder, wo wenigstens die Hälfte der Roggenernte vernichtet ist. Unwetter und Dauerregen haben weiterhin zur Verschlechterung des Ernteauffalls beigetragen.

Schmallalden, 3. Aug. Ein schwerer Automobilunfall hat sich in der Nähe von Schmallalden ereignet. Auf der Landstraße stieß das Automobil eines Berliner Herrn mit einem Krenser zusammen, der stark belegt war. Die drei Insassen des Automobils wurden herausgeschleudert, wobei der Chauffeur und eine Dame schwere Kopfverletzungen erlitten. Das Automobil selbst wurde stark beschädigt. Die Insassen des Krenfers kamen mit dem Schrecken davon.

Börsned, 3. Aug. Gestern nachmittag strzte ein bei einer Dachreparatur am Hotel zur Post beschäftigter 25-jähriger Dachdecker aus beträchtlicher Höhe auf die Straße. Der Schwer-verletzte wurde in das Krankenhaus gebracht, wo er verstarb.

Weimar, 3. Aug. Die „Deutsche Gesell-schaft für Vorge-sichte, die dieser Tage in Er-furt eine Versammlung abhält, besuchte heute Weimar und Umgegend. Zuerst wurde das städtische Museum mit seinen kulturhistorischen Schätzen (Laubacher, Ehringsdorfer und andere Funde) besichtigt, dann die Fundstätte in dem Ehringsdorfer Steinbrüchen und hierauf die uralten in den Felsen gehauenen Stein-schlösser und der vorge-sichtliche Hügel „Martins-firch“ bei Buchsadt. Die Weimarer Gesellschaft für Naturwissenschaft, Böller und Altertumskunde nahm an den Besichtigungen und Ausflügen teil.

Gera, 3. Aug. In den benachbarten Dörfern Langenberg und Stinlach erkrankten etwa 50 Personen an Fleisckbergiftung. Eine Frau ist bereits gestorben. Die Wehrmaß der Erkrankten befindet sich bereits wieder auf dem Wege der Besserung. Nach vorläufigen Feststellungen wird die Er-krankung auf den Genuß verdorbener Wat-würste zurückgeführt.

Leipzig, 3. Aug. Im Annersdorf bei Buch-holz i. S. ist gestern abend der 60-jährige Maurer Pilz verhaftet worden, der seine Ehefrau fortgesetzt durch Schläge derartig mißhandelt hatte, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußte, wo sie ihren Verletzungen erlegen ist.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 4. August 1910.

Sebanest. Seitens der städtischen Behörden ist geplant, die 40. Wehrbezirksfestungslage des Tages von Seban auch in unserer Stadt in würdiger Weise zu feiern. Zur Vorbereitung der Feiere ist ein Komitee gewählt worden, dem die Stadträte Plankenburg, Fiele und Dr. Haus-wald, sowie die Stadtoberen Grempler, Eichardt, Dobkowitz, Graul, Krause und Kägow angehören. Laut Bekanntmachung des Magistrats werden die ortsanwesenden Veteranen gebeten, sich bis zum 15. August cr. im Militär-bureau — Rathaus, 2 Treppen — zu melden.

Obstereuterisichten. Unter Ver-sichtigung der Bedeutung der einzelnen Berichtorte für den Obsthandel und auf Grund der Wahrscheinlichkeitsberechnung darf, wie die Obstwachststelle der Landwirtschaftskammer auf Grund der ihr aus den verschiedenen Gegenden der Provinz Sachsen zuge-gangenen Berichte folgt, nach dem heutigen Stande des Fruchtanlasses für die Provinz Sachsen erwartet werden: eine gute Ernte in Stachelbeeren, Himbeeren, Durrten, Walnüssen, eine mittelmäßige, stellenweise auch gute in Äpfeln, eine geringe in Aprikosen, Pfirsichen und Sauerkirschen. Zweifeln, Pflaumen und Birnen gehen an den meisten Stellen eine geringe Ernte bis Mißernte (hier und da findet sich auch guter Zwetschen-anlass). Bei Johanniskirschen sind die Trauben meist nur mit wenig Beeren versehen, die Beeren selbst aber gut entwickelt. Die Obstfrage überwiegt das Angebot. Die Nachweiskstelle hat neuerdings auch den Gemüsenachweis in ihrer Tätigkeit aufgenommen. Es sind Angebote in Zwiebeln, Kartoffeln, Kraut usw. sehr erwünscht.

Dem Krampf im Wasser sollen alljährlich viele Personen, darunter vorzüglich Schwimmer, zum Opfer. Der bis zum letzten Augenblicke noch muntere Schwimmer macht plötzlich ungewöhnliche Bewegungen mit den Armen, sinkt lautlos in die Tiefe und verbleibt zum Schrecken der Badenden — der „Krampf“ hat ihn befallen. Im Bitterkeit aber ist es niemals Krampf im gewöhnlichen Sinne, der den Schwimmer befallen hat. Das schnelle Nachlassen der Muskelkraft wird dadurch erzeugt, daß Schaum oder Wasserhaub in den Schlundpoß mit der Einatmung gelangt und in die Luftröhre einströmt, oder, wie es im Volksmunde heißt, in die „kalte Pfeife“ gerät, wodurch eine fast augenblickliche Erstarrung sämtlicher Atmungsorgane stattfindet. Kommt das Wasser bei Beginn einer Atmung in die Luftröhre, wenn die Lungen ganz luftleer sind, so sinkt der Körper sofort. Wenn daher die Mitbadenden bemerken, das jemand beim Baden un-gewöhnliche Bewegungen macht, so müssen sie sofort Hilfe leisten, weil der Betroffene unter den beschriebenen Um-ständen keinen Hilferuf ausstoßen kann.

Hausband und Mittelrand. Die vom Hausband, der Deutschen Mittelrandvereinigung sowie vom Zentralausschuß Vereinigter Zimmungsverbände Deutschlands ins Leben gerufene Deutsche Treuhand-vereinigung, erste Direktions- und Buchführungsstelle für den deutschen Mittelrand, hat am 1. Juni dieses Jahres ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie beschäftigt sich besonders mit der Erstellung von Rat und Unterstützung in allen die Betriebsführung mittelständlicher Betriebe betreffenden Fragen, vor allem bei Feststellung ihres Geschäftskapitals, bei der Neueinrichtung der Kontrolle der Betriebe sowie bei der Eingiehung ihrer Forderungen. Weiter hat am 27. Juni der hier besonders wichtige Buchhaltungs-unterricht der Deutschen Treuhandvereinigung begonnen. Bekanntlich gehört die Eingiehung der langausstehenden Forderungen der Handwerker mit Details und die Versicherung ihrer Buchhaltung, die es ermöglicht, daß die Gewerbetreibenden die Höhe ihrer Forderungen, den Stand ihres Vermögens und die Rentabilität ihres Gesamtbe-triebes und seiner einzelnen Abteilungen jeden Tag genau

festzustellen in der Lage sind, zu den wichtigsten Fragen der Reform der Wirtschaftslage des Mittelstandes. Die Un-terschiedsstellung in allen mittelständlichen Fragen sowie die Unterweisung im Buchführungsweisen erfolgt unent-geltlich für die mittelständlichen Mitglieder des Han-delbundes bei der Geschäftsstelle der Treuhandgesellschaft in Berlin SW., Gneisenaustraße 114.

Im Reichspostamt schweben zurzeit Erwägungen, ob es sich empfiehlt, nach dem Vorbilde der Nachnahmefarten und Nachnahmepaket-adressen mit anhängender Postanweisung solche mit anhängender Zahlkarte herzustellen. Sobald diese Frage entschieden ist, was binnen kurzem der Fall sein dürfte, wird das Nähere bekannt gegeben werden. Einwillen wird darüber hinweggesehen werden, wenn bei Benutzung der Formulare zu Nachnahmefarten und Nachnahmepaketadressen mit anhängender Postanwei-sung die Zahlkarten nicht, wie vorgeschrieben, auf die Vorderseite der Postanweisung geklebt, diese neuen Formulare vielmehr ohne die anhängende Postan-weisung verwendet und die Zahlkarten also mittels Klebeleiste usw. auf der Rückseite der Nachnahmefarten oder -Paketadressen so befestigt werden, wie es für die Anbringung von Zahlkarten auf der Rückseite von Briefen, Postkarten usw. vorgeschrieben ist.

Reiseverkehr. Die Eisenbahndirektion hat angeordnet, daß zur Vermeidung der Überfüllung der in den Schnell- und Eilzügen verkehrenden durch-gehenden Wagen nur die Reisenden mit durchgehenden Fahrkarten unterzubringen sind. Die Reisenden des Nahverkehrs sollen nach Möglichkeit von diesen Durch-gangswagen ferngehalten und in anderen Wagen untergebracht werden.

Verdorbene Stempelmarken. Die „Frankfurter Zeitung“ brachte vor kurzem ein „Eingeband“, das die bureaukratischen Umtauschbestimmungen der Reichspostämter für verdorbene Wechsel-stempelmarken behandelt. Dazu schreibt jetzt dem genannten Blatt ein Leser: „Ich hatte im Oktober 1909 beim Mainzer Hauptpostamt für 60 Pfennig verdorbene Stempelmarken zum Umtausch eingereicht, die ich mit dem Bemerk, daß der Umtausch erst von einer Mark an erfolge, zurückgab. Inzwischen ist nun noch eine 40-Pfennig-Wechselstempelmarke bei mir verdorben worden, die ich mit den obenverwähnten 60 Pfennig zusammen also eine Mark der Post zum Umtausch überfandte. Aber ich erziele auch diese wieder zurück, weil die Frist, innerhalb der die Er-stattung verlangt werden kann, nämlich vier Wochen, verstrichen“ sei. Wer also so anfänglich ist und wegen einer verdorbenen 10-Pfennig-Marke nicht gleich für weitere 90 Pfennig Marken verdirbt, sondern ab-wartet, bis für weitere 90 Pfennig „ehrdlich“ ver-dorbene Stempelmarken da kommen, verliert sein Geld. Die Konsequenzen daraus ergeben sich von selbst. Sollte man nicht „höheren Orts“ der gleichen Meinung sein?

Wir klagen zu viel an! Als kürzlich der Präsident des Oberlandesgerichts zu Hamm in Lüden-scheid einen Vortrag hielt, um die Schaffung eines Fürsorgeauschusses für diese Stadt anzuregen, sprach er über die Ursachen der Zunahme der Zahl jugen-dlicher Verbrecher u. a. folgende Worte: „Wir klagen zu viel an, wir bestrafen zu viel, aber wir benutzieren auch zu viel. Wenn alle die Leute, die bei der größten Kleinigkeit, bei recht geringen Übertretungen durch Kinder sich fragen würden, was sie für das Richtige hielten, wenn es sich um das eigene Kind handelte, dann würden die Anklagebehörden, die Gerichte nicht so oft in die Lage kommen, gegen die Kinder die Strafgesetze in Anwendung zu bringen.“ Er habe hier ein Anzeigeformular gefunden, in dem gleich ver-druckt stünde: „Für alle Fälle stelle ich hiermit Strafamttrag.“ Die Gesetze zwingen die Behörden, anzuklagen und zu bestrafen, aber die Schule und die Familien müßten dem vorbeugen. Wo aber die Familie im argen liege, solle der Fürsorgeauschuß eintreten. Aber die Zweckmäßigkeit der Fürsorge-erziehung und ihre Erfolge sagte der Präsident, wie die „Sog. Praxis“ meldet: Die Erfahrungen seien ja noch nicht abgeschlossen, aber die Besserung der Jög-linge erziele doch nur einen mäßigen Prozentsatz.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes ist am Mittwoch nachmittag von Strömabreitern in der Saale bei Annins Ruh gelandet worden. Da der kleine Leichnam einen Strich um den Hals hatte, wird vermutet, daß ein Verbrechen vorliegt. Die Polizei beschlagnahmte die Leiche und ließ sie nach der Leichenhalle transportieren. Sachdienliche An-gaben über die Herkunft des Kindes wollte man bei der hiesigen Polizeiverwaltung machen.

Beim Spielen ist am Mittwoch nachmittag gegen 6 Uhr die 3 1/2-jährige Tochter Martha des Landwirts Albert Schlegel in dem Nachbardorfe Meuschaun in die vorüberfließende Saale gestürzt und ertrunken. Eine Rettung des Kindes war

